

BDI-Mittelstandsinformationen

Ausgabe 2/2009

Arndt G. Kirchhoff: »Protektionismus ist der falsche Weg!«

In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Staat als Nothelfer gefordert. Doch Vorsicht ist angebracht. Die staatlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrung und Protektionismus führen. Neue Handelsbeschränkungen würden die Krise stärken. Um die Krise zu bekämpfen, brauchen wir mehr grenzüberschreitenden Handel.

In der Krise ist die Versuchung groß, die heimische Wirtschaft durch protektionistische Maßnahmen gegen die Konkurrenz durch ausländische Wettbewerber zu schützen. Zwar hat US-Präsident Barack Obama eine »Buy American«-Klausel im amerikanischen Konjunkturpaket verhindert. Doch erhöht die Wirtschaftskrise weltweit den politischen Druck, durch protektionistische Maßnahmen wie Importbeschränkungen und Subventionen heimische Arbeitsplätze zu sichern. Es ist Besorgnis erregend, dass zahlreiche Regierungen im Zuge der Krisenbekämpfung ihre Märkte abschirmen und nationale Unternehmen und Branchen auf wettbewerbsverzerrende Weise fördern.

Für den exportabhängigen deutschen Mittelstand ist es unabdingbar, dass in der Krise die grundlegenden Regeln des freien Handels und des unverfälschten Wettbewerbs weiter gelten. Dass freie Märkte gerade für unsere exportorientierte deutsche Wirtschaft lebensnotwendig sind, hat zuletzt eine aktuelle Mittelstandsumfrage des IW Köln bestätigt. Fazit dieser Studie: gerade die exportierenden Unternehmen wünschen sich mehr Markt. Ohne deren Erfolg aber werden wir nicht auf einen Wachstumspfad zurückkehren können. Wir brauchen deshalb mehr Freihandel – auch und gerade in Zeiten der Krise.

Am 2. und 3. April fand der G 20-Gipfel in London statt. Bekräftigt und erweitert wurde in der Gipfelerklärung das G20-Bekenntnis von Washington, den Freihandel zu fördern und dem Protektionismus im Handels- und Investitionsbereich zu widerstehen. Grundsätzlich gibt der G20-Gipfel die richtige Richtung in der internationalen Handelspolitik vor. Aber dem dringend in diesem Jahr benötigten Abschluss der WTO-Doha-Runde ist die Weltgemeinschaft nicht viel näher gekommen. 17 der 20 G20-Staaten haben seit November 2008 mit protektionistischen Maßnahmen gegen die eigene Erklärung verstoßen. Bundesregierung und Europäische Union sind deshalb gefordert, im Rahmen von G8, G20 und anderer internationaler Foren wie der WTO alle Mittel einzusetzen, um zuhause und weltweit für offene Märkte für Handel und Investitionen zu sorgen und gegen Protektionismus vorzugehen.



Ein Durchbruch bei der Doha-Runde wäre ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung des Freihandels gegen protektionistische Tendenzen rund um die Welt. Auch deshalb fordert der BDI einen erfolgreichen Abschluss der WTO-Doha-Runde noch in diesem Jahr. Mit einem Abschluss wird gleichzeitig der noch vorhandene Spielraum für weitere Schutzmaßnahmen einzelner Mitgliedstaaten eingeschränkt und somit vermieden, dass der Zugang zu diesen Märkten erschwert wird.

Bleibt zu hoffen, dass sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union diesem Kurs mit Nachdruck anschließen und der protektionistischen Versuchung widerstehen. Denn gerade in Europa gilt es, unser Modell einer offenen Wirtschaftsordnung zu verteidigen. Auch in der Krise schafft Freihandel Wachstum und Arbeitsplätze.



Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses

Inhaltsverzeichnis

Arndt G. Kirchhoff	01
»Protektionismus ist der falsche Weg!«	
Finanzkrise	04
Kreditfinanzierung für Unternehmen schwieriger geworden	
Konjunktur	05
Keine Aussicht auf schnelle Erholung	
Steuerpolitik	06
Steuerhinterziehung bekämpfen als aktuelle Herausforderung	
Tag des geistigen Eigentums	07
Schutzrechte auf allen Ebenen stärken	
Gesundheitssektor	08
Ein Wachstumsmarkt für Mittelständler	
Bilanzierung	09
EU plant weitreichende Entlastungen für KMU	
European Business Summit	10
Ohne Mittelstand keine wirtschaftliche Erholung!	
China	11
Auch in der Krise ein wichtiger Partner	
Russland	12
Mit Innovationen gegen die Krise – Wirtschaft muss sich neu ausrichten	
Klimaschutz	13
Wachstumsmotor in Zeiten der Rezession	
Energiepolitik	14
Wettbewerbsfähigkeit braucht sichere Energieversorgung	
REACH	15
BDI-Standardsatzkatalog informiert über neues Stoffrecht	
Internationalisierung	16
Chance für Mittelstand in der Krise	



Impressum

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. • Mittelstand und Familienunternehmen • Breite Straße 29 • 10178 Berlin
 Redaktion: Dipl.-Volksw. J. Düren, j.dueren@bdi.eu • R. Hagemann-Miksits M.A., r.hagemann@bdi.eu • Dipl.Reg. Wiss. U. Knott,
 u.knott@bdi.eu • S. Jäckel, s.jaekel@bdi.eu • www.bdi.eu/mittelstand
 Druck: DCM Druck Center Meckenheim • Layout: berlinerverhältnisse | agentur für kommunikation gmbh

Finanzkrise

Kreditfinanzierung für Unternehmen schwieriger geworden

Eine Finanzklemme wird in der Realwirtschaft immer wahrscheinlicher. Aktuelle Untersuchungen bestätigen: Die Banken haben ihre Kreditvergabestandards verschärft. Auch die Rahmenbedingungen auf anderen Finanzierungsmärkten haben sich eingetrübt. Der Deutsche Bundestag hat ein Maßnahmenpaket II verabschiedet, um die Realwirtschaft zu stabilisieren.

Dazu gehören auch weitere Maßnahmen zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft:

- Verbesserte Rahmenbedingungen des KfW-Sonderprogramms für den Mittelstand
- Auflage einer Kredit- und Bürgschaftsfazilität für größere Unternehmen
- Ausbau des bestehenden deutschen Bürgschaftsinstrumentariums (insbesondere Verbesserungen bei Bürgschaftsbanken)
- Verbesserungen im Bereich der Exportfinanzierung und der Exportkreditversicherung

Der BDI hatte dazu im Vorfeld eigene Vorschläge unterbreitet. Wichtige Teile des beschlossenen Kredit- und Bürgschaftsprogramms decken sich mit den BDI-Vorstellungen.

Was will die Industrie?

Die Unternehmen sind auf ausreichende Finanzmittel existentiell angewiesen. Das Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung hilft den Unternehmen während der sich abzeichnenden Durststrecke. Dadurch können drohende Liquiditätsengpässe abgedeckt werden. Ungeachtet der grundsätzlich positiven Bewertung des Programms bleiben einige Probleme, die noch zu lösen sind.

»Webfehler« des Programms: Bislang nehmen die Banken das Kredit- und Bürgschaftsprogramm nur zögerlich an. Der BDI ist mit dem Bankenverband im Gespräch, die Gründe für die Zurückhaltung der Banken zu identifizieren, um zu befriedigenden Lösungen zu kommen. Offenbar enthält das Programm auch einige »Webfehler«. Erforderlich ist eine weitere Anhebung der Haftungsfreistellung von Banken für Betriebsmittelkredite auf 90 %, wie dies auch für Investitionskredite gilt. Eine unnötige Restriktion stellt auch der Ausschluss von Unternehmen mit Kapitalmarktzugang von der staatlichen Förderung dar.

Zurückhaltung privater Kreditversicherer: Sorge bereitet der Industrie weiterhin die sichtbare Zurückhaltung privater Kreditversicherer. Sie haben ihre Prämien und Eigenbehalte

deutlich erhöht und ihre Absicherungsvolumina verringert. Durch fehlende Kreditversicherungen droht eine Unterbrechung der gesamten Lieferkette. Notwendig ist eine tragfähige Risikoauffanglösung, die den Versicherern Anreize schafft, wieder mehr Unternehmen ihre Dienstleistungen anzubieten.

Erschwerte Anleihefinanzierung: Auch die Kapitalmarktfinanzierung gestaltet sich zunehmend schwieriger. Die Zinsen für Schuldverschreibungen industrieller Emittenten sind erheblich angestiegen. Die Risikoaufschläge gegenüber Staatsanleihen sind selbst bei besten Bonitäten so hoch wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der Markt für kurzlaufende Schuldverschreibungen (z. B. Commercial Paper) ist bei vergleichsweise schlechten Schuldneradressen kaum noch aufnahmefähig. Wenn sich diese Übertreibungen am Anleihemarkt nicht zurückbilden, sollte die Europäische Zentralbank die fehlende Marktliquidität ausgleichen. Sie sollte, wie in den USA und Großbritannien, Schuldverschreibungen privater Schuldner direkt kaufen. Hier geht es nur um einwandfreie Adressen, das Risiko muss gering gehalten werden.

Die vorgenannten Probleme müssen rasch angegangen werden. Andernfalls wird sich der Konjunkturabschwung weiter verstärken und verlängern. Der BDI hat über BUSINESSEUROPE einen Aktionsplan »Ensuring companies' access to finance« vorgelegt. Der Aktionsplan enthält zahlreiche Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die derzeit beschädigten Märkte zu »reparieren«, um so die Finanzierung der Unternehmen sicherzustellen.

Weitere Information finden Sie im Internet unter www.bdi.eu/finanzkrise.

Ansprechpartner: Dr. Reinhard Kudiß
r.kudiss@bdi.eu

Konjunktur

Keine Aussicht auf schnelle Erholung

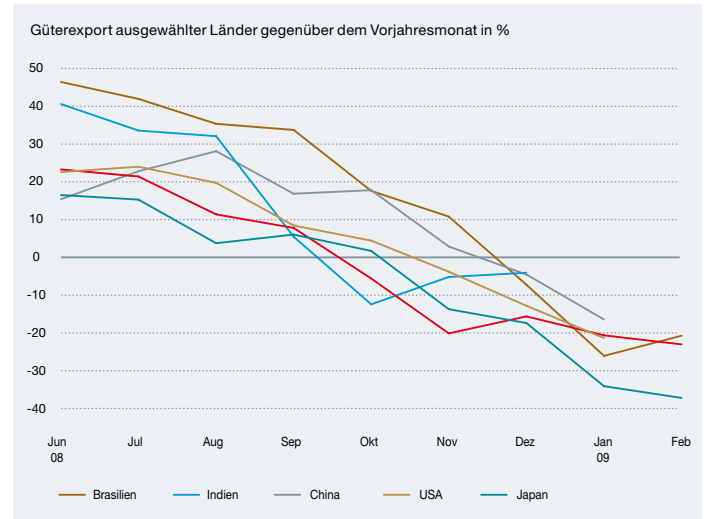
Die deutsche Wirtschaft ist schlecht ins neue Jahr gestartet. Die Wirtschaftsleistung schrumpft unter dem Eindruck stark nachlassender Auftragseingänge und sinkender Industrieproduktion. Eine erfolgreiche Finanzmarktstabilisierung wird zum Lackmustest der weltwirtschaftlichen Erholung.

Die globale Wirtschaftskrise setzt sich, wie erwartet, unvermindert fort. Nichts deutet nach gegenwärtigem Stand auf eine rasche Erholung hin. Stattdessen häufen sich die negativen Meldungen aus den Regionen der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Vereinigten Staaten ist im Jahr 2008 um 1,1 % geschrumpft. Verschlechterte Vermögenspositionen und der bevorstehende, anhaltende Konsolidierungsprozess bei privaten und öffentlichen Schulden legen Konsum und Investitionen die Bremsen an. Japan sieht sich einem dramatischen Einbruch der Güterausfuhren ausgesetzt. Auch in der Eurozone sind die Exporte gesunken, die Investitionstätigkeit hat im Lichte dessen stark nachgelassen.

Auch in Deutschland ziehen die realwirtschaftlichen Konsequenzen der Finanzmarktkrise weiter Kreise. Das BIP ist seit dem 2. Quartal 2008 drei Mal in Folge zurückgegangen. Auch das erste Quartal 2009 steht unter einem schlechten Stern. Der scharfe Rückgang des Außenbeitrags und die gesunkene Investitionsneigung der Unternehmen belasten die Nachfrageseite des BIP. Im Februar 2009 lag die Nachfrage nach deutschen Waren um 23,1 % niedriger als im selben Monat des Vorjahres. Die Umsätze der Hersteller von Investitionsgütern stürzten in diesem Vergleichszeitraum ebenfalls um 22,2 % ab. Der private Konsum stagniert gegenwärtig, die öffentlichen Ausgaben legen zu. Beide Komponenten können die Nachfrage aber nicht auf Dauer stabilisieren. Dabei ist vor allem mit Blick auf die steigenden Arbeitslosenzahlen eher mit einem Rückgang der Konsumausgaben zu rechnen. Im März hatte die Zahl der Erwerbslosen bei 3,58 Mio. Personen oder 8,6 % gelegen (0,2 %-Punkte mehr als im Vorjahr). Die übliche Frühjahrsbelebung ist damit ausgeblieben.

Der Frühindikator Auftragseingänge verheißt ebenfalls ein schwieriges Jahr 2009: Im Zeitraum Januar/Februar 2009 verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe 11,8 % weniger Neubestellungen als im November/Dezember 2008. Die Staaten außerhalb der Eurozone übten die stärkste Zurückhaltung (-20 %), worunter vor allem die Investitionsgüterhersteller zu leiden hatten (-24,1 %). Die Konsequenzen für die industrielle Erzeugung sind bereits spürbar. Die Aussichten sind trüb. Das ifo-Geschäftsklima bewegt sich weiter auf historisch niedrigem Niveau. Die Geschäftslage wird extrem schlecht eingeschätzt, während sich die Erwartungen leicht verbessert haben. Eine

Welthandel geht zurück, Exporte brechen ein



Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt USA, Finanzministerium Japan, Statistisches Bundesamt Deutschland



Trendwende zeichnet sich aber nicht ab.

Der ökonomische Mainstream sagt im Angesicht solcher Zahlen für das Jahr 2009 eine BIP-Schrumpfung um 4-5 % voraus. Dabei ist für das Ausmaß der Krise weniger die Höhe des BIP-Rückgangs an sich, sondern vielmehr die Dauer der Rezession entscheidend. Je länger sie anhält, desto mehr Unternehmensinsolvenzen stehen an und desto stärker wächst die Arbeitslosigkeit. Ganze Wertschöpfungsstufen drohen dauerhaft wegzubrechen.

Die Politikagenda ist damit gesetzt: Die Erholung steht und fällt mit dem Gelingen der Finanzmarktstabilisierung sowie der Reform von Finanzmarktaufsicht und -regulierung auf internationaler Ebene. Parallel kann die Bundesregierung den Boden für mehr Wachstum bereiten: Maßnahmen, die kein Geld kosten (z.B. Reformen im Mietrecht) und ein Belastungsmoratorium (z.B. in Sachen Emissionshandel) helfen gegen die Krise und geben auch langfristig die richtigen Impulse.

Ansprechpartner: Dr. Juri Schudrowitz
j.schudrowitz@bdi.eu

Steuerpolitik

Steuerhinterziehung bekämpfen als aktuelle Herausforderung

Mit dem Steuerhinterziehungsgesetz sollen grenzüberschreitend tätige Steuerpflichtige mit Geschäftspartnern in so genannten unkooperativen Staaten in Haftung genommen werden. Das soll geschehen, weil es Deutschland bislang noch nicht gelungen ist, mit diesen Staaten einen OECD-gemäßen Auskunftsaustausch zu vereinbaren.

Die Reaktion auf die derzeitige Krise besteht vor allem in staatlichen Ausgaben und Stützungsprogrammen. Die gewaltigen Ausgabenzuwächse lassen sich nicht durch ebenso gewaltige Einnahmenezuwächse ausgleichen. Da liegt es nahe, den allgemeinen Konsens über die Notwendigkeit strengerer Regulierung der Finanzmärkte auch für Gesetzesverschärfungen gegen Steuerhinterziehung zu nutzen, wenngleich Steuerunehrlichkeit nicht der Auslöser der Krise war.

Im Januar 2009 legte das Bundesministerium der Finanzen den Entwurf eines »Gesetzes zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken sowie der Steuerhinterziehung« vor. Dieses so genannte Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz sollte – nach den Vorstellungen der Entwurfsverfasser – alsbald Bundeskabinett und Bundestag passieren. Doch es kam anders. Der Aufschrei angesichts des unausgegorenen und überzogenen Gesetzesentwurfs war groß. So hatte der BDI ermittelt, dass Deutschland zu diesem Zeitpunkt nur mit acht Staaten über OECD-gemäße Auskunftsvereinbarungen verfügte.

Die zweite Version des Entwurfs kam Anfang März zwar wesentlich moderater daher, doch die Hauptkritikpunkte blieben: die durch Verordnung zu bestimmenden Erschwernisse für diejenigen, die mit Geschäftspartnern in Ländern in Verbindung stehen, die sich nicht OECD-konform verhalten, würden auch alle redlichen Steuerzahler treffen. Ihnen würden zusätzliche bürokratische Lasten bei zusätzlicher Unsicherheit über deren tatsächlichen Umfang und die praktische Abwicklung auferlegt. Angesichts der so nicht zu rechtfertigenden neuen Belastungen von Steuerpflichtigen hat auch die zweite Fassung des Entwurfs bislang noch nicht den Kabinetttisch erreicht. Dies liegt insbesondere daran, dass der Bundeswirtschaftsminister bisher seine Zustimmung verweigert. Es ist zu hoffen, dass er diese Haltung beibehält und damit verhindert, dass auch alle redlichen Steuerpflichtigen mit zusätzlicher Bürokratie überzogen werden, nur weil ihr Geschäftspartner in einem Land sitzt, das aus der Sicht der deutschen Finanzverwaltung seine Kooperationsbereitschaft noch nicht hinreichend unter Beweis gestellt hat.

Selbstverständlich wollen alle Parteien der Regierungskoali-

tion etwas gegen Steuerhinterziehung tun. Dies ist zu begrüßen und wird seit jeher vom BDI unterstützt und gefordert. Über die Frage, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden soll, konnte bislang jedoch keine Einigkeit erzielt werden. Insbesondere haben die Vertreter der Union mehrfach signalisiert, dass sie ein Gesetz nicht mittragen werden, das auch die ganz überwiegende Mehrzahl der redlichen Steuerzahler in Haftung nimmt für eine von der Finanzverwaltung als unbefriedigend empfundene internationale Rechtslage. Vorrang muss die Neuverhandlung und Ergänzung von Doppelbesteuerungs- und Auskunftsabkommen haben.

Die inhaltlichen Vorbehalte bestehen insbesondere gegenüber den ersten vier der fünf Artikel des Gesetzesentwurfs. Sie sollen ermöglichen, dass entgegen den allgemeinen Steuerregeln

- Betriebsausgaben nicht anerkannt werden,
- die Entlastung von Quellensteuern unterbleibt,
- die Dividendenfreistellung versagt wird und
- Steuerpflichtige mit Einkommen von mehr als 500.000 € pro Jahr auch im privaten Bereich zur Aufbewahrung von Unterlagen verpflichtet und der steuerlichen Außenprüfung unterworfen werden.

Gegen die auf einem Generalverdacht beruhende Drohung mit weitreichenden Sanktionen, die auch alle redlichen Steuerpflichtigen belasten würde, spricht sich die Wirtschaft deutlich aus.

Einen sinnvollen Beitrag zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung könnte hingegen Artikel 5 des Entwurfs leisten. Er sieht vor, dass die besonderen Überwachungsbefugnisse des Zolls, die bei Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung schon bestehen, auf die Steuerhinterziehung ausgedehnt werden. Hierauf sollte sich der Gesetzgeber in der aktuellen Situation beschränken. Damit würde der Kampf gegen Steuerhinterziehung stärker in die Richtung gelenkt, aus der die spektakulären Fälle der jüngeren Vergangenheit kamen. Stein des Anstoßes waren keine schwarzen Kassen von Unternehmen, sondern Hinterziehungsfälle im privaten Bereich.

Ansprechpartner: Roland Franke
r.franke@bdi.eu

Tag des geistigen Eigentums

Schutzrechte auf allen Ebenen stärken

Der Tag des geistigen Eigentums stand dieses Jahr unter dem Motto »Wachstumsmotor Innovation«. Bereits zum vierten Mal veranstalteten der BDI und seine Partner am 24. April den Tag des geistigen Eigentums in Berlin. Gesetzgebung und effektive Rechtsdurchsetzung standen in den Debatten im Vordergrund. Weiterer Höhepunkt war die Preisverleihung für den Schülerwettbewerb »Ideenliebe«.

Nach einer gemeinsamen Eröffnung durch die Gastgeber BDI und OECD referierte der Generaldirektor der World Intellectual Property Organization (WIPO) Francis Gurry über den Schutz geistigen Eigentums im 21. Jahrhundert. Seine Rede war auch deshalb für die Veranstaltung eine Auszeichnung, weil der Welttag des geistigen Eigentums (jeweils der 26. April) 2001 von der WIPO ausgerufen wurde. Somit hätte er an diesem Freitag sicherlich vielen Einladungen rund um den Globus folgen können. Gemeinsam mit der OECD richtete der BDI auch den Workshop Wachstumsbremse Fälschung und Piraterie aus. Aktuelle Patentthemen wurden im zweiten Workshop Wachstumsmotor Schutzrechte diskutiert.

nem kostenlosen Zugang zum geistigen Eigentum, nach offenen Standards oder Zwangslizenzen laut. Das Panel »Schutz geistigen Eigentums und Wettbewerbsrecht – ein Spannungsverhältnis« versuchte sich dieser Problematik von beiden Seiten zu nähern.

Abschließender Höhepunkt der Veranstaltung war die Auszeichnung der fünf Gewinnergruppen des Schülerwettbewerbs »Ideenliebe«. Gemeinsam mit Partnern hat der BDI diesen Wettbewerb zum letzten Schuljahr erfolgreich gestartet. Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 8 bis 10 sollten sich kreativ mit dem Schutz geistigen Eigentums auseinandersetzen. Die Resonanz war sehr positiv. Die fachkundige Jury war oft überrascht von der Kreativität der Schüler, die Auswahl fiel entsprechend schwer. In Vertretung der Schirmherrin Brigitte Zypries, Bundesjustizministerin, nahm ihr Parlamentarischer Staatssekretär Alfred Hartenbach gemeinsam mit dem BDI-Vizepräsidenten Arend Oetker die Preisverleihung vor. Die stolzen Schülerinnen und Schüler durften nach einer Besichtigung der Reichstagskuppel nun das Atrium des Hauses der Deutschen Wirtschaft bestaunen. Neben einer feierlichen Auszeichnung mit Urkunden winkten für die Gewinner tolle Sachpreise unter anderem der Sponsoren Daimler, Adidas und des Hörverlags. Weitere Informationen finden Sie unter www.ideenliebe.de.

Ansprechpartnerin: Iris Plöger
i.ploeger@bdi.eu



Die innovative deutsche Wirtschaft hat auch in der internationalen Debatte über die Schutzmöglichkeiten für das geistige Eigentum erhebliches Gewicht. Für die mit Abstand größte Patentanmelderin in Europa ist ein verbessertes europäisches Patentwesen für sie von hoher Bedeutung. Sind die erforderlichen Schutzrechte in der EU einfach und kostengünstig zu erlangen, können sie dem Wachstumsmotor Innovation zu neuer Kraft verhelfen. Als Exportweltmeisterin ist die deutsche Wirtschaft gleichzeitig ein beliebtes Opfer von Fälschung und Piraterie, die damit zur Wachstumsbremse werden. Gerade mittelständische Unternehmen scheuen oft den internationalen Handel, wenn sie nicht ausreichend vor den illegalen Kopien ihrer innovativen Produkte schützen können. Die OECD hat die dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen der Fälschung und Piraterie bereits in der Vergangenheit untersucht. In ihren neuesten Untersuchungen hat sie sich nun auf die digitale Verletzung von Urheberrechten konzentriert.

In Zeiten der Krise werden auch immer wieder Rufe nach ei-

Gesundheitssektor Ein Wachstumsmarkt für Mittelständler

Der Gesundheitssektor ist bereits jetzt einer der wichtigsten Bereiche der deutschen Volkswirtschaft und verfügt über ein enormes Wachstumspotenzial, auch und insbesondere für den Mittelstand. Die BDI-Initiative »Vitale Gesellschaft« widmet sich dem Ziel, Deutschland als Kompetenzzentrum für Gesundheit zu etablieren.

Gesundheit bis ins hohe Alter ist ein bestimmender Wunsch im Leben der meisten Menschen, der im Zuge der Überalterung unserer Gesellschaft stetig an Relevanz gewinnt. Dabei gilt es, neue Verfahren nicht nur zu fördern, sondern diese möglichst rasch zum Wohle der Patienten allgemein zugänglich zu machen. Hierin offenbart sich eine Facette der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen, die damit einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft leisten.

Infolge der demographischen Entwicklung, des medizinisch-technischen Fortschritts und des wachsenden Gesundheitsbewusstseins wird die Bedeutung des Gesundheitssektors in den nächsten Jahren weiter zunehmen und weitere Wachstumsmöglichkeiten eröffnen. Notwendig ist die Weiterentwicklung zu einem sozial abgedeckten, marktwirtschaftlich organisierten Gesundheitssystem, das Innovationen fördert, honoriert und schnell zur Anwendung bringt sowie zur Eigenverantwortung der Bürger motiviert.

Die Initiative »Vitale Gesellschaft« setzt sich dafür ein, den medizinischen Fortschritt voranzutreiben, Wachstumspotenziale zu eruieren, zu konkretisieren und zu realisieren. Perspektiven ergeben sich daraus insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen, die ein wichtiges Standbein des Gesundheitssektors bilden.

Für nachfolgende Ziele macht sich die Initiative stark:

- breitere und effizientere Forschung unter Verzahnung der öffentlichen mit der industriellen und klinischen Forschung
- Reduktion staatlicher Überreglementierung zugunsten von mehr Wettbewerb in der Gesundheitswirtschaft
- Verschlinkung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren
- zügige praktische Anwendung der Innovationen zum Nutzen aller Bürger
- Motivation zur Übernahme von Eigenverantwortung in Gesundheitsfragen

Neue Behandlungsmöglichkeiten versprechen nicht nur den immateriellen Gewinn an Lebensqualität, sondern tragen auch ein deutlich materielles Wertschöpfungspotenzial. Dieses liegt zum Einen in der Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zum anderen in den Entwicklungschancen des Gesundheitsmarkts.

Knapp 4,3 Mio. Beschäftigte in über 800 Berufen und ein Anteil von 12,2 % am Bruttoinlandprodukt veranschaulichen die schon jetzt immense Bedeutung des Gesundheitssektors bei wachsender Tendenz.

In einer alternden Gesellschaft eröffnet sich ein großer Gesundheitsmarkt in den weitgespannten Betätigungsfeldern von der Ernährung, Wellness und Fitness über die Pharmazie und Medizintechnik bis zur Biotechnologie einschließlich der Gentechnik. Bedarfe für Produkte und Dienstleistungen ergeben sich dabei in der Prävention, Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Pflege. Wachsende Bedeutung erlangt infolge der verlängerten Lebenszeit insbesondere die regenerative Medizin, aber auch die Therapie altersbedingter Erkrankungen wie Demenz, Alzheimer oder Parkinson. Des Weiteren besteht nachdrücklicher Handlungsbedarf in Bezug auf ernährungsbedingte Krankheiten wie Adipositas und Diabetes sowie Erkrankungen im Zusammenhang mit Störungen des Immunsystems.

Gegenwärtig kann erst ein Drittel der circa 30.000 bekannten Krankheiten ursächlich behandelt werden. Bei der Mehrheit ist lediglich die Linderung der Symptome möglich. Hier sind Innovationen dringend notwendig. Moderne Methoden der Molekulargenetik, der Biotechnologie und der Medizintechnik eröffnen dabei völlig neue Wege. Die Biotechnologie nimmt im Gesundheitssektor eine besondere Stellung als Innovationsmotor ein. Deutschland hat sich hierbei in den letzten Jahren zu einem beachtlichen Standort entwickelt. 2006 gab es 370 meist kleinere Unternehmen. Ausgelöst durch die staatlich geförderte Gründungswelle bei Biotechnologie- und Medizintechnikunternehmen hat sich die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe in den letzten Jahren in Deutschland verdreifacht. Diese Biotech-Unternehmen, von denen sich viele in Forschung und Entwicklung engagieren, bieten bereits einen Arbeitsmarkt für 30.000 Arbeitskräfte.

Weitere Informationen unter:

www.bdi.eu/innovation

www.bdi-initiativ-vitalesgesellschaft.de

Ansprechpartnerin: Cora Orlamünder
c.orklamuender@bdi.eu

Bilanzierung

EU plant weitreichende Entlastungen für kleine Unternehmen

Die EU-Kommission hat eine Richtlinie zur Befreiung von Kleinstunternehmen von der europäischen Bilanzierungspflicht vorgeschlagen. Darüber hinaus hat sie ein Konsultationspapier zur Überarbeitung der 4. und 7. Richtlinie herausgegeben, um weitere Erleichterungen für KMU zu erreichen. Sie strebt damit eine grundsätzliche Modernisierung und Vereinfachung der Richtlinien an.

Die EU-Kommission hat einen Richtlinienvorschlag zur Befreiung von Kleinstunternehmen von der Rechnungslegungspflicht vorgelegt. Dieser soll den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Verpflichtungen zur Erstellung von Jahresabschlüssen für die kleinsten Betriebe in der EU vollständig abzuschaffen. Als Kleinstunternehmen (sog. »micro entities«) gelten nach dem Vorschlag solche Gesellschaften, die an zwei aufeinanderfolgenden Bilanzstichtagen zwei der drei folgenden Schwellenwerte nicht überschreiten:

- Bilanzsumme 500.000 €
- Nettoumsatzerlöse 1 Mio. €
- Durchschnittlich zehn Beschäftigte im Geschäftsjahr.

Erfasst werden Unternehmen, die grundsätzlich unter den Anwendungsbereich der 4. Richtlinie fallen, d.h. AG, KGaA, GmbH, GmbH & Co. KG. Für diese Unternehmen würde folglich auch die Offenlegungspflicht nach dem Handelsgesetzbuch entfallen. Der BDI hat diese Befreiungsvorschrift bisher positiv bewertet und wird das Gesetzgebungsverfahren weiterhin entsprechend begleiten.

Des Weiteren hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Bilanzrechtsrichtlinien (4. und 7. Richtlinie) eingeleitet. Die Konsultation setzt den Fokus auf Erleichterungen für KMU (»think small first«) und stellt darüber hinaus grundsätzliche strukturelle Fragen auch im Hinblick auf eine allgemeine Modernisierung und Vereinfachung. Bis Ende 2009 plant die Kommission einen entsprechenden Richtlinienänderungsentwurf vorzulegen. Sollte dieser von Rat und EU-Parlament verabschiedet werden, bedeutet dies natürlich entsprechenden Anpassungsbedarf im HGB.

Der Inhalt der Konsultation umfasst im Wesentlichen die folgenden Themen:

- Modernisierung der Richtlinien durch neue Struktur (Zusammenfassung der Grundprinzipien) und neuen bottom-up-Ansatz. Dadurch sollen einheitliche Mindestrechnungspflichtigen für alle Unternehmen festgelegt werden. Zusätzliche Pflichten für mittlere und größere Unternehmen bauen dann auf diese Mindestanforderungen auf. Die in den Richtlinien bereits eingeräumten Erleichterungen für KMU wurden bislang nur unzureichend national genutzt. Mit der Festlegung von Mindestanforderungen sollen europaweit Erleichterungen für alle kleinen Unternehmen gelten.

- Weitere Erleichterungen für KMU durch
 - Erhöhung der Schwellenwerte und Einführung weiterer Kriterien,
 - Abschaffung des Lageberichts und der Pflicht zur Aufstellung einer Kapitalflussrechnung für mittlere Unternehmen,
 - Entfallen der Offenlegungspflicht für kleine Unternehmen und verkürzte Jahresabschlüsse für kleine Unternehmen,
 - Abgabe von Kennzahlen für kleine Unternehmen an Stelle eines Jahresabschlusses und
 - Reduzierung der Anhangsangaben für KMU.

Alle betroffenen Unternehmen sind aufgerufen sich an der Konsultation bis zum 30. April 2009 zu beteiligen. Link zur Konsultation: http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2009/accounting/20090226_consultation_en.doc

Der BDI unterstützt ein aktuelles Forschungsprojekt am Institut für Rechnungswesen und Wirtschaftsprüfung der Humboldt-Universität über die Auswirkungen des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) für Unternehmen. Ein kurzer Fragebogen zu Kosten und Nutzen der neuen Regelung aus Sicht der Unternehmen kann über j.nikolay@bdi.eu angefordert werden.

Ansprechpartnerin: Annette Selter
a.selter@bdi.eu

European Business Summit

Ohne Mittelstand keine wirtschaftliche Erholung!

»Um es ganz deutlich zu sagen: Ohne einen gesunden Mittelstand wird es in Europa keine wirtschaftliche Erholung geben!«, so Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses auf dem »European Business Summit«. Kirchhoff beteiligte sich beim »Gipfeltreffen« der europäischen Wirtschaft an der Diskussionsrunde »SMEs in times of crisis: red tape or red carpet?«



Arndt G. Kirchhoff beim European Business Summit
Foto: Copyright@JJ de Neyer/triptyque

Gesprächspartnerin von Kirchhoff auf dem European Business Summit am 26. und 27. März war u.a. Françoise Le Bail, die KMU-Beauftragte der Europäischen Kommission. Kirchhoff betonte in seinem Statement die große Bedeutung des KMU-Sektors für die europäische Gesamtwirtschaft: »99,8 % aller europäischen Unternehmen gehören zum Mittelstand. Sie beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer in Europa. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung, dem Mittelstand zu helfen, die gegenwärtige Krise zu überstehen.« In erster Linie komme es darauf an, die Finanzierung von KMUs zu sichern, damit nicht eigentlich gesunde Firmen in die Insolvenz getrieben würden.

Positiv hob Kirchhoff hervor, dass der »Small Business Act« (SBA), den die EU-Kommission im letzten Jahr vorgestellt habe und der inzwischen von Rat und Parlament bestätigt worden sei, die richtigen Antworten auch auf die unmittelbar drängenden Probleme des Mittelstands liefere. So sei es besonders erfreulich, dass einzelne Maßnahmen des SBA Eingang in den »European Recovery Plan« gefunden hätten. Mit Blick auf die Unternehmensfinanzierung forderte Kirchhoff die schnelle Annahme der »Late Payment Directive«, einem der vier im SBA vorgeschlagenen Rechtssetzungsakte.

Zugleich sei jedoch zu beachten, dass der SBA mittelfristig angelegt sei. Der SBA dürfe daher nicht durch die Maßnahmen zur Krisenbewältigung verwässert werden. Auf mittlere Sicht müssten die strukturellen Maßnahmen zur Stärkung des Wachstumspotenzials mittelständischer Unternehmen auf der Tagesordnung bleiben. Dazu gehörten verstärkte Bemühungen um Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, ein europäisches Patentsystem sowie die Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Der Mittelstand warte dringend auf die Verabschiedung des Statuts für eine europäische Privatgesellschaft. »Damit würde die grenzüberschreitende Aktivität von mittelständischen Unternehmen erheblich erleichtert«, betonte Kirchhoff.

Mit einem Mittelstandssymposium beteiligen sich BDI, BDA, DIHK und ZDH an der ersten Europäischen KMU-Woche vom 6. bis zum 14. Mai. Das Symposium findet statt am 11. Mai 2009 von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr im Haus des Deutschen Handwerks in Berlin. BDI und BDA werden vertreten durch Arndt G. Kirchhoff, den Vorsitzenden des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses. Weitere Teilnehmer sind EU-Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen und der Chef des Bundeskanzleramts, Thomas de Maizière.

Einladung und Programm der Veranstaltung finden Sie unter www.bdi.eu/mittelstand. Detaillierte Informationen zur KMU-Woche sind unter www.european-sme-week.eu abrufbar.

»Europas Stärken ausbauen«, ist eine neue Broschüre von BDI und BDA. Sie zeigt, welche konkreten Maßnahmen dazu beitragen, dass Europa angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise zu seiner vollen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit findet. Die Broschüre kann im Internet unter www.bdi.eu/publikationen herunter geladen werden.

Ansprechpartner: René Hagemann-Miksits
r.hagemann@bdi.eu

China

Auch in der Krise ein wichtiger Partner

China bleibt auch in der Krise einer der wichtigsten Wachstumsmärkte für die deutsche Industrie. Eine von Ministerpräsident Wen Jiabao angekündigte Einkaufsdelegation führte im Februar rund 150 chinesische Unternehmensvertreter nach Berlin. Sie führten Gespräche mit interessierten deutschen Industrieunternehmen.



Dr. Jürgen Heraeus, Vorsitzender des Arbeitskreis China des APA, eröffnete das Deutsch-Chinesische Wirtschaftsforum in Berlin. Foto: BDI

Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg und Handelsminister Chen Deming stellten in ihren Grundsatzreden klar, dass Protektionismus keine Antwort auf die Krise sein darf. Beide Minister eröffneten das vom BDI organisierte Deutsch-Chinesische Wirtschaftsforum am 25. Februar in Berlin. Minister Chen sicherte zu, dass das ca. 450 Mrd. € schwere Konjunkturprogramm Chinas auch für ausländische Firmen geöffnet sei. Bundesminister zu Guttenberg betonte, dass auch im Umkehrschluss chinesische Investitionen in Deutschland willkommen seien - auch vom Staatsfonds. Das von China beschlossene Konjunkturprogramm soll insbesondere dem Gesundheitssektor, dem Wiederaufbau des Erdbebengebiets in der Provinz Sichuan, dem Ausbau der Infrastruktur und dem Einsatz von Umwelt- und energieeffizienten Technologien in der Industrie zugute kommen, so Minister Chen Deming. Dies eröffnet für deutsche Unternehmen neue Investitions- und Lieferchancen.

An Wirtschaftsforum nahmen ca. 450 Unternehmensvertreter aus China und Deutschland teil. Auf besonderes Interesse stieß die Einkaufsdelegation bei deutschen Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau. Jürgen Heraeus, China-Sprecher des Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und Vorsitzender der Veranstaltung, wertete in seiner Einführung die Einkaufsdelegation als starkes Signal für die

zunehmende Offenheit Chinas. Intensiv nutzten Unternehmen eine Kontaktbörse zur Erstellung von Erstkontakten oder zur Vertiefung von Beziehungen. Schwerpunkte lagen dabei im Maschinen- und Anlagenbau, der elektrotechnischen Industrie und der Automobilindustrie.

Zum Abschluss des Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsforums wurden über 30 Verträge und Kaufabsichtserklärungen unterschrieben.

Bei der anstehenden Reise von Bundesminister Gabriel nach China vom 14. – 18. Juni sowie der Reise von Bundesminister zu Guttenberg vom 5. bis 10. Juli stehen besonders die potenziellen wirtschaftlichen Möglichkeiten des Konjunkturprogramms für deutsche Unternehmen im Mittelpunkt. Beide Minister werden auf ihren Reisen von Wirtschaftsdelegationen begleitet werden.

Neben politischen Gesprächen in Peking eröffnet Bundesminister Gabriel die »Deutschland-Promenade« der Veranstaltungsreihe »Deutschland und China- Gemeinsam in Bewegung« in Shenyang. Außerdem eröffnet er das 3. Deutsch-Chinesische Umweltforum in Foshan (Großraum Kanton). Schwerpunktthema des Forums am 18./19. Juni ist der Ausbau der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit im Bereich der umweltschonenden, ressourcen- und energieeffizienten Technologien in der Industrie. Eine Teilnahme am Umweltforum ist auch Unternehmensvertretern möglich, die nicht Teilnehmer der Wirtschaftsdelegation von Bundesminister Gabriel sind.

Ansprechpartner für China in BDI und APA: Christoph Seemann
c.seemann@bdi.eu

Russland

Mit Innovationen gegen die Krise – Wirtschaft muss sich neu ausrichten

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Russland in einer Phase der wirtschaftlichen Neuorientierung getroffen. Längst haben Politik und Wirtschaft die Notwendigkeit der Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaft erkannt. Dabei setzt die russische Regierung insbesondere auf Hochtechnologien wie die Nanotechnologie. Mit Zuschüssen von über drei Mrd. € sollen wichtige Impulse gesetzt werden.

Russland will Weltspitze in der Nanotechnologie werden. An diesem ambitionierten Ziel soll auch während der aktuellen Krise festgehalten werden. Zugleich bieten Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Deutschland und Russland herausragende Chancen einer Zusammenarbeit. Diese Ambitionen zur Modernisierung von Russlands Wirtschaft im Technologiebereich gaben den Anstoß für den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer und dem Deutsch-Russischen Forum eine Vortragsveranstaltung und Paneldiskussion mit Anatolij Tschubais, Vorstandsvorsitzender des Staatsunternehmens ROSNANO, am 8. April in Berlin zu veranstalten.

ROSNANO wurde vor zwei Jahren gegründet und soll die Diversifizierungsstrategie der russischen Regierung im Bereich der Nanotechnologie umsetzen. ROSNANO stellt in den nächsten fünf Jahren günstige Kredite im Volumen von über drei Mrd. € zur Verfügung, um Forschungsergebnisse in lukrativen Geschäftsmodellen zu fördern und hunderte von Projekten auf den Weg zu bringen. Die Förderung gilt gerade kleinen und mittleren Unternehmen, die jetzt nur wenig zu der Wirtschaftskraft Russlands beitragen. Auch deutsche Unternehmen können sich um diese Fördermittel bewerben, wenn sie in Russland produzieren. Einige haben dies auch bereits getan.

Bei den Projekten kann ROSNANO bis zu 90 % der Investitionen finanzieren. Dabei beteiligt sich das Unternehmen an den Startups – nie über 50 % minus eine Aktie – oder vergibt günstige Kredite. Die Zinsen liegen zurzeit bei 13 % – ein hervorragendes Angebot für den russischen Markt, werden doch zurzeit durchschnittlich Zinsen von 20 bis 25 % verlangt. Seit der Gründung der Staatsholding wurden rund 1.000 Projektanträge gestellt. Bereits 12 Projekte mit einer Gesamtinvestitionssumme von 500 Mio. € wurden gefördert. Besonders erfreulich ist, dass sich darunter drei Projekte mit deutscher Beteiligung befinden. Mit der Optogan GmbH, die eine Pilotproduktion von LEDs in Dortmund unterhält, wird ein Projekt zur Produktion von LEDs in der Größenordnung von 77 Mio. € umgesetzt. Die Berliner VI Systems GmbH (VIS), ein Entwickler und Hersteller von ultraschnellen optoelek-

tronischen Bauteilen, ist an einem deutsch-russischen Projekt in Höhe von 27 Mio. € beteiligt. Darüber hinaus beteiligt sich ROSNANO an XFEL – einer internationalen Laserforschungseinrichtung mit Sitz in Hamburg.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Die Nanotechnologie ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Sie berührt alle Bereiche der klassischen Naturwissenschaften, von der Halbleiterphysik, der Oberflächenchemie, der Nanobiologie oder der Nanoelektronik bis zur Lebensmitteltechnologie, der Medizintechnik sowie Teilbereiche des Maschinenbaus und der Optik.

Deutschland muss sich auf dem Gebiet der Nanotechnologie nicht verstecken: Nach Angaben der OECD von 2008 stammen weltweit 8,8 % der nanotechnologischen Patente aus Deutschland. Russland hatte damals einen Anteil von 0,5 %. Dies dürfte sich aber schon bald, nicht zuletzt dank des Einsatzes von ROSNANO, ändern. Gerade innovative deutsche Mittelständler können von dieser dynamischen Entwicklung profitieren.

Ansprechpartner im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft:
Eduard Kinsbruner
e.kinsbruner@bdi.eu

Klimaschutz

Wachstumsmotor in Zeiten der Rezession

Die Begrenzung des Klimawandels gehört zu den Megathemen unserer Zeit. Allerdings verdrängt die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise das Thema Klimaschutz zurzeit von den vorderen Plätzen der politischen Agenda. Dabei eröffnen Investitionen in den Klimaschutz hohe Einspar-Potenziale und große Chancen im internationalen Wettbewerb – auch für den Mittelstand.

Die BDI-Initiative ›Wirtschaft für Klimaschutz‹ setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzanstrengungen auch in der Rezession weiter gehen. Am 24. März 2009 lud die BDI-Initiative zu einer Diskussionsveranstaltung ein. Dort bezog Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erstmals Stellung zum Thema Klimaschutz. Zwei Stunden diskutierten BDI-Präsident Hans-Peter Keitel, Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg, Siemens-Vorstandschef Peter Löscher und McKinsey-Deutschlandchef Frank Mattern vor über 300 geladenen Gästen im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Folgende Themen standen im Mittelpunkt: Wege aus der Wirtschaftskrise mithilfe von Klimatechnologien sowie Kosten und Potenziale des Klimaschutzes. BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf moderierte die Diskussion.

Am Ende stand fest: Klimaschutz muss auch in der Wirtschaftskrise weiter verfolgt werden. »Die deutsche Industrie bekennt sich zum Klimaschutz – auch angesichts der weltweiten Rezession«, stellte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel in seiner Eröffnungsrede klar. Darüber hinaus könne Klimaschutz sogar einen Weg aus der Wirtschaftskrise weisen, da er gerade für die deutsche Industrie große Wachstumschancen auf den »grünen« Weltmärkten biete und durch den effizienteren Umgang mit Energie enorme Kosten eingespart werden könnten, sagte Keitel.

Auch dem deutschen Mittelstand eröffnen diese neuen Absatzmärkte für klimafreundliche Technologien große wirtschaftliche Chancen. Besonders technologiestarke Unternehmen mit eigener Forschung und Entwicklung können mit positiven Effekten im globalen Wettbewerb rechnen, weil sie im internationalen Vergleich häufig über einen zeitlichen Vorsprung verfügen, wenn es um die Entwicklung marktreifer, klimaschonender Lösungen geht.

Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg nannte den Klimaschutz sein persönliches »Herzensthema« und forderte: »Ökonomie und Ökologie sollten sich nicht länger ausschließen, sondern einander bedingen.« Gerade in der Krise solle man das Potenzial für Investitionen in den Klimaschutz nutzen, sagte zu Guttenberg.

Peter Löscher, Vorsitzender der BDI-Initiative, stellte klar: »Klimaschutz ist keine Schachtel Pralinen, auf die man in harten Zeiten verzichtet.« Die Krise sei eine Chance, die Weichen für eine ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu stellen. Um den Klimawandel zu bremsen, seien vor allem Innovationen in der Klima- und Umwelttechnologie erforderlich. »Hier sollten wir also auf keinen Fall den Gürtel enger schnallen, sondern der deutschen Industrie die finanziellen Anreize und den unternehmerischen Spielraum geben, ihre Innovationskraft weiter auszubauen«, forderte Löscher. Ein wichtiger staatlicher Impuls könne hier die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen sein.

Eine solche Förderung kommt gerade auch kleinen und mittleren Betrieben zugute, die maßgeblich an der Entwicklung neuer Klimaschutztechnologien beteiligt sind.

Die notwendigen Technologien zur Einsparung von Treibhausgasemissionen stellt die Industrie zum großen Teil heute schon zur Verfügung. Dies bestätigt die aktualisierte [BDI-Klimastudie](#), die zu dem Ergebnis kommt: Eine Reduzierung von Treibhausgasen um 30 % ist in Deutschland selbst bei extremen Energiepreisschwankungen machbar. Die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz rechnen sich auch bei kleinen und mittleren Unternehmen. Welche Maßnahmen ein Unternehmen ergreifen sollte, muss im Einzelfall entschieden werden. Die Studie bietet hier wertvolle Orientierungshilfe, da sie die technologischen Vermeidungshebel stets aus Entscheiderperspektive bewertet.

Weitere Informationen im Internet unter www.bdi.eu/klima

Ansprechpartnerin: Sidonie Günther
s.gunther@bdi.eu

Energiepolitik

Wettbewerbsfähigkeit braucht sichere Energieversorgung

Deutsche Unternehmen sind entlang der gesamten Wertschöpfungskette Weltmarkt- und Innovationsführer in Energie- und Umwelttechnologien. Davon profitiert die gesamte Industrie im Land. Um jedoch die Ziele Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gleichrangig zu erreichen, bedarf es langfristiger Strategien.

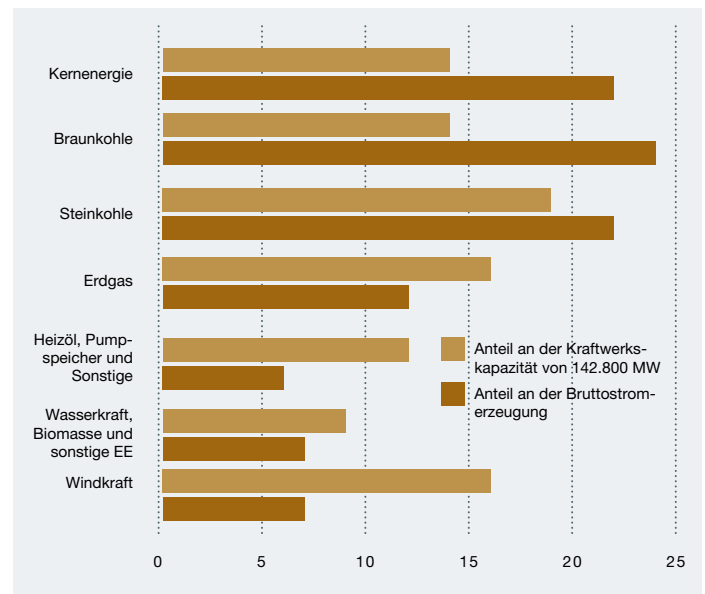
Die wiederholten Streitereien um russisches Gas in der jüngsten Vergangenheit zeigen auf nachdrückliche Weise die Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung. 62% des deutschen Primärenergieverbrauches werden durch Importe gedeckt. Daher ist es zwingend notwendig, auf einen breiten Mix aller Energieressourcen – fossil, regenerativ und nuklear – zurückgreifen zu können. Der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie und die Verzögerungen beim Neubau hoch effizienter Kohlekraftwerke verbauen den energieintensiven Grund- und Werkstoffindustrien den Zugang zu preisgünstiger Grundlastenergie und schmälern ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich.

Daher muss die Politik umsteuern und die Energiepreise, insbesondere den Strompreis, als einen wichtigen Wettbewerbsfaktor anerkennen. Der Industriestandort Deutschland verliert wegen des vergleichsweise hohen Energiepreinsniveaus massiv an Attraktivität. Es sind daher kostendämpfende Perspektiven in der Energiepolitik zu schaffen. Längere Kaufzeiten für die bestehenden sicheren deutschen Kernkraftwerke sollten zugelassen werden. Sie sind auch Voraussetzung dafür, dass die von der Politik geforderte Reduktion der Treibhausgasemissionen um weitere 40 % bis 2020 mit volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten erreicht werden kann.

Dies belegt auch die vom BDI beauftragte McKinsey-Studie zur kosteneffizienten Treibhausgasvermeidung. Zentrale Bedeutung misst die Studie der Steigerung der Energie-Effizienz bei. Der BDI fordert den Ausbau und die Modernisierung der Leitungsnetze, damit die ehrgeizigen Ziele zum Ausbau der dezentralen Energieeinspeisung regenerativer Energien erreicht werden können. Die Blockaden der notwendigen Investitionen in den Ausbau der Energieinfrastruktur durch regionale und lokale Interessengruppen sind kontraproduktiv und verzögern die Umsetzung der hochgesteckten Klimaziele.

Die BDI-Kernforderungen bejahen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien müssen aber wettbewerbsfähig werden. Die bis dahin erforderliche Förderung sollte wettbewerbsneutral erfolgen. Solange das nicht der Fall ist, sind die im Erneuerbaren Energien Gesetz für stromin-

Anteile der Energieträger an Kraftwerkskapazität und Bruttostromerzeugung 2007 (in %)



Quelle: BDEW



tensive Unternehmen enthaltenen Ausgleichsmechanismen auf den stromintensiven Mittelstand auszudehnen. Um die energiepolitischen Ziele der Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit zu erreichen, steht die Politik in der Pflicht, die Forschungsförderung in diesem Sektor endlich auf ein international vergleichbares Niveau anzuheben. Den internationalen Tendenzen der Reverstaatlichungspolitik im Energiebereich ist entgegenzutreten und für Offenheit gegenüber ausländischen Direktinvestitionen zu werben.

Weitere Information zum Thema Energiepolitik, sowie die vollständigen energiepolitischen Kernforderungen sind unter www.bdi.eu/energie abrufbar.

Ansprechpartner: Dr. Eberhard von Rottenburg
e.rottenburg@bdi.eu

REACH

BDI-Standardsatzkatalog informiert über neues Stoffrecht

Der BDI-Katalog »Standardsätze für das Erstellen von EU-Sicherheitsdatenblättern« berücksichtigt neues Stoffrecht. Der Standardsatzkatalog wird laufend an die neuen Anforderungen unter REACH und GHS angepasst.

Die aktuelle Version des BDI-Katalogs »Standardsätze für das Erstellen von EU-Sicherheitsdatenblättern« 10.1 berücksichtigt bereits die neue GHS-Verordnung vom 31.12.2008 und verfügt über mehrere Module und Hilfsdokumente: zum Beispiel Sätze für das Expositionsszenario, BDI-Strukturvorschlag für das eSDB inklusive neuer GHS-Elemente. Der BDI-Standardsatzkatalog wurde im Herbst 1999 fertig gestellt. Seitdem steht er stets in aktualisierter Fassung über den BDI-Helpdesk REACH zur Verfügung <http://reach.bdi.info/380.htm> und www.bdi.eu/standardsaetze/standardsatz_de.asp.



Hersteller, Formulierer und Importeure von Stoffen und Zubereitungen müssen gemäß REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 – ersetzt die vormals zuständige EG-Richtlinie 91/155/EG – ihren Kunden über das EU-Sicherheitsdatenblatt Informationen zum sicheren Umgang mit diesen Stoffen und Zubereitungen bereitstellen. Dies muss in der jeweiligen Landessprache des Kunden erfolgen. Hierfür sind qualitätsgesicherte Übersetzungen sicherheitsrelevanter Angaben in eine Vielzahl von Sprachen nötig, in der EU sind dies die EU-Amtssprachen.

Der BDI-Standardsatzkatalog bietet dem Ersteller der Sicherheitsdatenblätter Unterstützung durch Bereitstellen solcher Übersetzungen, durch den Vorschlag einer geeigneten Struktur und viele nützliche Erläuterungen und Hinweise und ist somit eine wertvolle Grundlage für korrekte und vollständige EU-Sicherheitsdatenblätter für chemische Produkte. Der BDI-Standardsatzkatalog ermöglicht es, solche Übersetzungen

quasi auf Knopfdruck zu erzeugen, und vereinfacht damit den Export und Import dieser Produkte beträchtlich, womit er den Übersetzungsaufwand und die damit verbundenen Kosten auf ein Minimum reduziert. Der Katalog liegt inzwischen in ca. 30 Sprachen vor und ist in deutsch und englisch kostenfrei über die BDI-Website erhältlich. Zudem ist ein qualitätsgesicherter Standardsatzkatalog die Grundlage für gute EU-Sicherheitsdatenblätter zu chemischen Stoffen.

Der BDI-Standardsatzkatalog gewinnt unter REACH und GHS weiter an Bedeutung. Mit der REACH-Verordnung wurde insbesondere das »erweiterte« Sicherheitsdatenblatt (eSDB) zum zentralen Informationsträger für chemische Stoffe über die gesamte Lieferkette weiter entwickelt. Mit REACH wurde das Sicherheitsdatenblatt zum zentralen Informationsträger für chemische Stoffe über die gesamte Lieferkette.

Aktuelle Anpassungen werden derzeit mit dem Ziel einer EU-weiten Verbreitung mit dem europäischen Dachverband BUSINESSEUROPE und einer Reihe europäischer Branchenverbände abgestimmt.

Ein einheitlicher Standardsatzkatalog ist ein wichtiger Meilenstein für die Kostenreduktion entlang der Lieferkette. Eine weitere Zielsetzung der BDI-Arbeit betrifft den elektronischen, strukturierten Transfer von Sicherheitsdatenblättern, um die bisher noch weithin auf Papierbasis erfolgende Kommunikation zu ersetzen. Ein solcher elektronischer Austausch würde insbesondere für kleine und mittlere Betriebe ein kostengünstiges, qualitätsgesichertes und effizientes Gefahrstoffmanagement ermöglichen. Das zuständige BDI-Gremium ist derzeit mit der Umsetzung auch dieses Zieles befasst.

Ansprechpartner: Dr. Thomas Holtmann
t.holtmann@bdi.eu

Internationalisierung Chance für Mittelstand in der Krise

Gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche sind Export und aktives Auslandsengagement für kleine und mittlere Unternehmen wichtig. Von einer Ausweitung der Absatzregionen erhoffen sich über die Hälfte der Unternehmen positive Umsatzeffekte, wie das BDI-Mittelstandspanel im Herbst 2008 herausfand.

Die Internationalisierung der Absatzmärkte ist nicht nur eine Option für große Unternehmen. Auch und vor allem mittelständische Betriebe besitzen aufgrund bewährter Produkte und innovativer Lösungen Wachstumspotenzial im Ausland.

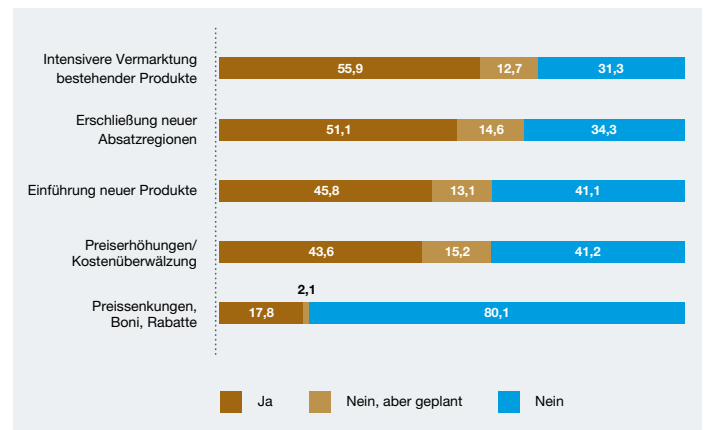
Aufgrund bestehender Strukturen und finanzieller Kapazitäten ist die Erschließung neuer, ausländischer Absatzmärkte vor allem bei großen Unternehmen weit verbreitet. Mit sinkender Unternehmensgröße steigt aber der Anteil derer, die planen ins Auslandsgeschäft einzusteigen.

Eine Studie der KfW-Bankengruppe bestätigt jüngst diesen Trend. Gerade das FuE-intensive Verarbeitende Gewerbe zieht es ins Ausland. Hier sind bereits zwei von drei Unternehmen auslandsaktiv. Die Erschließung neuer Absatzmärkte steht dabei bei 69 % der Auslandsinvestitionen im Vordergrund. Die öffentlich häufig gerügte Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland spielt jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Nur 16 % der im Ausland getätigten Investition sind durch Lohnkostenvorteile motiviert. Das Gegenteil ist der Fall. Die KfW konnte nachweisen, dass eine Verstärkung des internationalen Engagements mittelständischer Unternehmen langfristig zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland beiträgt. Außerdem sind auslandsaktive Unternehmen produktiver und innovativer als Wettbewerber, die diesen Schritt nicht wagen.

Um diese Aufgabe jedoch bewältigen zu können, muss vieles bedacht werden. Gerade das Engagement in den Märkten Asiens ist kostspielig und stellt höchste Anforderungen an die Unternehmen. Eine solide Eigenkapitaldecke ist Voraussetzung für den Erfolg. Denn, wie die KfW-Studie zeigt, stellen Finanzierungsprobleme die größten Hemmnisse bei der Etablierung von Auslandsgeschäften dar. So scheitern bei 63 % der Mittelständler mit weniger als 10 Mitarbeitern die Kreditverhandlungen zur Aufnahme von Auslandsgeschäften.

Es liegt einmal mehr an der Politik jetzt den Handlungsrahmen für mittelständische Unternehmen weiter zu optimieren. Im Rahmen des Mittelstandsgipfels zum zweiten Konjunkturpaket der Bundesregierung forderte Arndt G. Kirchhoff, Vor-

Maßnahmen zur Förderung des Absatzes



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung 2008



sitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses, bereits die Banken auf, die Versorgung mit Krediten sicher zu stellen.

Einen richtigen Schritt in diese Richtung machte bereits Ex-Bundeswirtschaftsminister Michael Glos. Er kündigte eine weitere Optimierung der bestehenden Produkte der Exportkreditgarantien (»Hermesdeckungen«) an. Des Weiteren wird das BMWi zusammen mit der KfW sowohl Möglichkeiten zur Ausweitung des bestehenden Exportfinanzierungsprogramms als auch Instrumente zur Refinanzierung der Export finanzierenden Banken prüfen.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanel kann unter www.bdi-panel.emnid.de abgerufen werden. Details der KfW Studie können im aktuellen KfW-Wirtschaftsobserver Nr.49 nachgelesen werden. Weiterführende Informationen für Erfolg im Auslandsgeschäft erhalten Sie im Außenwirtschaftsportal der Bundesregierung unter www.ixpos.de.

Ansprechpartner: Josef Düren
j.dueren@bdi.eu